

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Brigitte Pothmer, Luise Amtsberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/11149 –

Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit an der Erteilung von Aufenthaltstiteln zum Zwecke der Beschäftigung

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Erteilung von Aufenthaltstiteln zum Zwecke der Beschäftigung setzt grundsätzlich die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit gemäß § 39 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) voraus. Die Bundesagentur für Arbeit prüft in den Fällen, in denen der Aufenthaltstitel nicht ausnahmsweise ohne ihre Zustimmung erteilt werden kann, ob der Zustimmung nicht nachteilige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt entgegenstehen. Sie prüft außerdem, ob für die jeweilige Stelle keine vorrangigen Bewerberinnen und Bewerber (deutsche Staatsangehörige und ihnen beschäftigungserlaubnisrechtlich gleichgestellte Personen) zur Verfügung stehen und ob die Bewerberinnen und Bewerber nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt werden. Diese Prüfung ist teilweise sehr aufwendig und ihre Dauer ist für Bewerberinnen und Bewerber einerseits sowie anstellende Betriebe andererseits kaum einzuschätzen. Damit stellt sie eine wesentliche Hürde bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit durch ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dar.

Sollten die erfragten Daten derzeit nicht statistisch aufbereitet vorliegen, sei vorsorglich auf die Pflicht der Bundesregierung hingewiesen, den Abgeordneten die zur Ausübung ihres Mandats erforderlichen Informationen zu verschaffen (BVerfGE 57, 1). Zur zeitnahen Erfüllung dieser Pflicht kann aus Sicht der Fragesteller ggf. eine stichprobengestützte Beantwortung beitragen (etwa auf Grundlage einer kurzfristigen Abfrage bei einigen relevanten Behörden).

1. Wie viele Aufenthaltstitel zum Zwecke der Beschäftigung wurden in den Jahren 2014 bis 2016 nach Kenntnis der Bundesregierung erteilt (bitte nach Rechtsgrundlagen, Monaten und Bundesländern aufschlüsseln)?

In wie vielen dieser Fälle bedurfte es nicht der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit (bitte nach Rechtsgrundlagen, Monaten und Bundesländern aufschlüsseln)?

Aufenthaltstitel sind auch die von den Auslandsvertretungen erteilten nationalen Visa (D-Visa) zum Zwecke der Beschäftigung. In wie vielen Fällen die Erteilung der Visa zum Zweck der Beschäftigung nicht der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit bedurften, wird vom Auswärtigen Amt statistisch nicht erhoben. Das Auswärtige Amt erhebt ferner keine statistischen Daten, die eine Aufschlüsselung nach Bundesländern zulässt, in die der Zuzug stattfindet.

Die Anzahl der weltweit von den Auslandsvertretungen erteilten D-Visa ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle. Eine Aufschlüsselung nach Monaten ist nicht möglich.

Erteilte D-Visa	2014	2015	2016
Praktikum/Aus-/Fortbildung (§ 17 AufenthG)	4.663	5.232	6.352
Arbeitsplatzsuche (§ 18 c AufenthG)	1.116	1.448	1.958
Hochqualifizierte (§ 19 AufenthG/§ 2 BeschV)	1.132	1.178	1.635
Blaue Karte EU (§ 19 a AufenthG)	2.810	4.047	5.643
Forscher (§ 20 AufenthG)	1.091	1.047	1.064
Führungskräfte (§ 18 AufenthG/ § 3 BeschV)	114	127	175
Wissenschaft, Gastwissenschaftler, Lehrer (§ 1 AufenthG/§ 5 BeschV)	2.431	2.958	3.344
Intern. Straßen-/Schienenverkehr, Fahrer (§ 18 AufenthG/§ 20 BeschV)	7	19	30
Dienstleistung „Van der Elst“ (§ 18 AufenthG/§ 21 BeschV)	5.178	5.610	2.331
Spezialitätenköche (§ 18 AufenthG/§ 11 BeschV)	1.565	939	1.111
Werkvertrags-Arbeitnehmer (§ 18 AufenthG/§ 29 BeschV)	6.269	6.973	7.335
Working Holiday Programme (§ 18 AufenthG/§ 29 BeschV)	3.812	4.559	4.914
Selbständige, Freiberufler, (§ 21 AufenthG)	534	652	717
Sonstige Arbeitsaufnahme	13.058	15.011	16.127
Freiwilligendienst etc. (§ 18 AufenthG/§ 14 BeschV)	1.266	1.615	1.922
Au-Pair (§ 18 AufenthG/§ 12 BeschV)	4.881	5.386	5.833
Arbeitsaufnahme Westbalkan (§ 26 Abs. 2 BeschV)	---	19	18.960
Insgesamt erteilte D-Visa Beschäftigung	49.989	56.928	79.606

Ausweislich des Ausländerzentralregisters zum Stichtag 31. Januar 2017 wurden in den Jahren 2014 bis 2016 von den Ausländerbehörden insgesamt 256 723 Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung erteilt. Aufschlüsselungen nach Rechtsgrundlagen, Monaten und Ländern können den nachstehenden Tabellen entnommen werden, wobei sich Daten zu der Frage, bei wie vielen dieser Fälle es nicht der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit bedurfte, automatisiert aus Daten des Ausländerzentralregisters nicht ermitteln lassen.

nach Rechtsgrund	
insgesamt	256.723
davon	
nach § 17a Abs. 1 AufenthG (Durchführung einer Bildungsmaßnahme)	559
nach § 17a Abs. 5 AufenthG (Ablegung einer Prüfung)	32
nach § 18 Abs. 3 AufenthG (keine qualifizierte Beschäftigung)	61.322
nach § 18 Abs. 4 Satz 1 AufenthG (qualifizierte Beschäftigung nach Rechtsverordnung)	140.608
nach § 18 Abs. 4 Satz 2 AufenthG (qualifizierte Beschäftigung im öffentlichen Interesse)	2.949
nach § 18 AufenthG (Beschäftigung)	69
nach § 18a Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a) AufenthG (qualifizierte Geduldete mit Abschluss in Deutschland)	200
nach § 18a Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b) AufenthG (anerk/vergl. ausländ. Hochschulabschluss, seit 2 J. ununterbrochen beschäftigt)	32
nach § 18a Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c) AufenthG (qualifizierte Fachkraft, seit 3 Jahren ununterbrochen beschäftigt)	24
nach § 19a AufenthG i.V.m. § 2 Abs. 1 Nr. 2 Bst. a) BeschV (Blaue Karte EU, Regelberufe)	23.122
nach § 19a AufenthG i.V.m. § 2 Abs. 1 Nr. 2 Bst. a) BeschV (Blaue Karte EU, Voraufenthalt mit Blauer Karte EU in MS, Regelberufe)	124
nach § 19a AufenthG i.V.m. § 2 Abs. 1 Nr. 2 Bst. b) oder § 2 Abs. 2 BeschV (Blaue Karte EU, Mangelberufe)	25.057
nach § 19a AufenthG i.V.m. § 2 Abs. 1 Nr. 2 Bst. b) oder § 2 Abs. 2 BeschV (Blaue Karte EU, Voraufenthalt mit Blauer Karte EU in MS, Mangelberufe)	44
nach § 20 Abs. 1 AufenthG (Forscher)	2.575
nach § 20 Abs. 5 AufenthG (in [Staatsangehörigkeitsschlüssel des EU-Mitgliedstaates] zugelassener Forscher)	6

Gesamt	256.723				
davon:					
Jahr 2014	76.278	Jahr 2015	82.550	Jahr 2016	97.895
Jan	6.176	Jan	6.346	Jan	6.839
Feb	5.718	Feb	5.917	Feb	7.144
Mrz	5.941	Mrz	6.785	Mrz	7.551
Apr	5.740	Apr	6.146	Apr	8.080
Mai	5.914	Mai	5.790	Mai	7.438
Jun	6.234	Jun	7.043	Jun	9.004
Jul	6.941	Jul	7.216	Jul	8.211
Aug	6.355	Aug	7.291	Aug	8.975
Sep	7.594	Sep	8.331	Sep	9.326
Okt	7.233	Okt	7.972	Okt	9.333
Nov	6.916	Nov	7.464	Nov	8.900
Dez	5.516	Dez	6.249	Dez	7.094

nach Länder	
insgesamt:	256.723
davon:	
Baden-Württemberg	48.770
Bayern	47.058
Berlin	25.103
Brandenburg	2.446
Bremen	2.083
Hamburg	11.542
Hessen	34.714
Mecklenburg-Vorpommern	1.354
Niedersachsen	13.636
Nordrhein-Westfalen	45.736
Rheinland-Pfalz	8.641
Saarland	1.784
Sachsen	5.505
Sachsen-Anhalt	2.231
Schleswig-Holstein	3.441
Thüringen	2.679

2. In wie vielen Fällen hat die Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2014 bis 2016 die Zustimmung zur Ausländerbeschäftigung
- a) wegen nachteiliger Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt (§ 39 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1a AufenthG),
 - b) infolge der Vorrangprüfung (§ 39 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1b AufenthG) oder
 - c) wegen ungünstigeren Arbeitsbedingungen (§ 39 Absatz 2 Satz 1 AufenthG in fine)
- verweigert (bitte nach Monaten und Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Daten zu den Fragen 2a und 2b werden bei der Bundesagentur für Arbeit nicht gesondert ausgewiesen. Beide Ablehnungsgründe werden statistisch unter § 39 Absatz 2 Nummer 1 AufenthG erfasst. Die Angaben zu den getroffenen Ablehnungsentscheidungen ergeben sich aus den als Anlage beigefügten Tabellen.

3. In wie vielen Fällen konnten in den Jahren 2014 bis 2016 Stellen, bei denen die Zustimmung wegen der Vorrangprüfung verweigert wurde, nach Kenntnis der Bundesregierung anschließend nicht besetzt werden (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Anzahl der Fälle, in denen eine Stelle nach Verweigerung der Zustimmung in Folge der Vorrangprüfung besetzt wurde, wird von der Bundesagentur für Arbeit statistisch nicht erhoben. Die Vermittlungsprozesse und die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit werden in unterschiedlichen, nicht miteinander verknüpften IT-Fachverfahren abgebildet.

Aufgrund der Vielzahl der betroffenen Fälle würde eine stichprobenartige Schätzung kein plausibles Ergebnis erbringen.

Die Bundesagentur für Arbeit erfährt nicht in jedem Fall, ob und wann Bevorrechtigte tatsächlich eingestellt werden.

4. In wie vielen Fällen blieben in den Jahren 2014 bis 2016 Stellen, bei denen die Zustimmung wegen der Vorrangprüfung verweigert wurde, nach Kenntnis der Bundesregierung
- a) länger als einen Monat,
 - b) länger als zwei Monate,
 - c) länger als drei Monate
- nach der Verweigerung der Zustimmung zur Ausländerbeschäftigung unbesetzt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Angaben sind aus den in der Antwort zu Frage 3 benannten Gründen nicht möglich.

5. Wie viel Zeit beanspruchte die Prüfung der Zustimmung durch die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2016 durchschnittlich (bitte nach Bundesländern und – soweit möglich – Branchen aufschlüsseln), und inwiefern hält die Bundesregierung diese Dauer für angemessen?

Eine Auswertungsmöglichkeit über eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Zustimmungsanfragen ist nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit nicht möglich. Grundsätzlich sind Zustimmungsanfragen von der Bundesagentur für Arbeit innerhalb von zwei Wochen zu entscheiden (§ 36 Absatz 2 Beschäftigungsver-

ordnung). Eine längere Bearbeitungsdauer ist möglich, wenn die vorliegenden Informationen für die Entscheidung nicht ausreichen oder Arbeitgeberauskünfte fehlen. Bezogen auf alle Zustimmungsanfragen wurden Ende 2016 insgesamt in 86,6 Prozent aller Fälle innerhalb von 14 Kalendertagen entschieden. 97,4 Prozent aller Zustimmungsanfragen wurden innerhalb von 28 Kalendertagen entschieden.

6. Wie viele Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit sind derzeit mit der Prüfung der Zustimmung befasst?

In den Arbeitsmarktzulassungs-Teams der Bundesagentur für Arbeit sind für die Durchführung des Zustimmungsverfahrens derzeit 182,5 Stellen (Stand: Januar 2017) vorhanden. Soweit die Arbeitsmarktzulassungs-Teams nicht eigenständig entscheiden können, sind für die Arbeitsmarktprüfung auch die ca. 5 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den regionalen Arbeitgeber-Services eingebunden. Der in den Arbeitgeber-Services anfallende Arbeitszeitanteil kann nicht beziffert werden.

7. In wie vielen Fällen war die Verweigerung der Zustimmung durch die Bundesagentur für Arbeit nach Kenntnis der Bundesregierung Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens (bitte nach Bundesländern und Verfahrensstand bzw. Verfahrensausgang aufschlüsseln)?

Bei den Ausländerbehörden, Auslandsvertretungen und der Bundesagentur für Arbeit wird nicht erfasst, in wie vielen Fällen die Verweigerung der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens war. Die Bundesagentur für Arbeit ist in gerichtlichen Verfahren nicht unmittelbar Prozessbeteiligte, weil die Zustimmung keinen eigenständigen Verwaltungsakt darstellt. Erhoben wird lediglich die Anzahl der Fälle, in denen die Bundesagentur für Arbeit von den Verwaltungsgerichten beigeladen wird. 2016 war die Bundesagentur für Arbeit bundesweit in 165 gerichtlichen Verfahren Beigeladene.

Ablehnungen für Drittstaatsangehörige nach ausgewählten Gesetzesgrundlagen

Deutschland nach Ländern
Berichtsjahr 2014

Gesetzesgrundlagen	Region (Arbeitsort)	2014	Januar 2014	Februar 2014	März 2014
		1	2	3	4
§39 Abs.2 Satz 1 Nr.1 AufenthG (Nachteilige Auswirkungen Arbeitsmarkt - Vorrang)	Insgesamt ¹⁾	8.401	594	645	680
	01 Schleswig-Holstein	297	19	23	22
	02 Hamburg	142	5	7	12
	03 Niedersachsen	761	45	51	63
	04 Bremen	94	7	4	6
	05 Nordrhein-Westfalen	2.120	157	170	173
	06 Hessen	617	47	47	23
	07 Rheinland-Pfalz	249	9	11	20
	08 Baden-Württemberg	1.633	95	148	144
	09 Bayern	1.572	147	120	123
	10 Saarland	31	*	4	*
	11 Berlin	394	21	26	41
	12 Brandenburg	53	*	9	5
	13 Mecklenburg-Vorpommern	39	*	*	-
	14 Sachsen	165	13	9	20
	15 Sachsen-Anhalt	54	8	5	4
	16 Thüringen	139	14	8	19
§ 39 Abs.2 S.1 letzter Hs. AufenthG (Beschäftigungs- bedingungen)	Insgesamt ¹⁾	3.350	225	222	249
	01 Schleswig-Holstein	49	*	*	*
	02 Hamburg	146	7	7	*
	03 Niedersachsen	83	11	*	11
	04 Bremen	9	-	-	-
	05 Nordrhein-Westfalen	442	32	41	34
	06 Hessen	550	41	39	40
	07 Rheinland-Pfalz	171	12	10	11
	08 Baden-Württemberg	661	49	49	68
	09 Bayern	883	54	50	59
	10 Saarland	51	5	3	5
	11 Berlin	112	5	9	*
	12 Brandenburg	21	*	*	-
	13 Mecklenburg-Vorpommern	18	-	*	-
	14 Sachsen	61	*	*	3
	15 Sachsen-Anhalt	19	*	-	*
	16 Thüringen	43	-	*	3

Erstellungsdatum: 14.02.2017, Zentraler Statistik-Service

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solch
¹⁾ darunter nicht zuordenbare Fälle.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ablehnungen für Drittstaatsangehörige nach aus

Deutschland nach Ländern

Berichtsjahr 2014

Gesetzesgrundlagen	Region (Arbeitsort)	Ablehnungen				
		April 2014	Mai 2014	Juni 2014	Juli 2014	August 2014
		5	6	7	8	9
§39 Abs.2 Satz 1 Nr.1 AufenthG (Nachteilige Auswirkungen Arbeitsmarkt - Vorrang)	Insgesamt ¹⁾	749	668	749	891	734
	01 Schleswig-Holstein	30	33	32	28	23
	02 Hamburg	14	14	11	12	10
	03 Niedersachsen	49	61	77	79	63
	04 Bremen	8	4	12	11	4
	05 Nordrhein-Westfalen	183	179	182	213	157
	06 Hessen	54	31	46	100	60
	07 Rheinland-Pfalz	17	23	23	28	30
	08 Baden-Württemberg	162	141	141	162	151
	09 Bayern	133	118	127	172	148
	10 Saarland	3	3	*	6	*
	11 Berlin	37	24	46	40	37
	12 Brandenburg	5	5	8	4	4
	13 Mecklenburg-Vorpommern	3	3	5	4	*
	14 Sachsen	21	9	17	13	22
	15 Sachsen-Anhalt	9	7	5	4	3
	16 Thüringen	19	10	13	12	12
§ 39 Abs.2 S.1 letzter Hs. AufenthG (Beschäftigungs- bedingungen)	Insgesamt ¹⁾	223	222	303	272	258
	01 Schleswig-Holstein	5	3	3	5	6
	02 Hamburg	9	9	11	*	10
	03 Niedersachsen	4	7	4	*	3
	04 Bremen	-	-	-	-	*
	05 Nordrhein-Westfalen	27	17	40	37	37
	06 Hessen	33	29	50	54	41
	07 Rheinland-Pfalz	18	7	16	20	15
	08 Baden-Württemberg	51	45	43	51	49
	09 Bayern	49	91	81	66	63
	10 Saarland	*	*	6	9	*
	11 Berlin	6	*	10	10	10
	12 Brandenburg	3	*	5	*	-
	13 Mecklenburg-Vorpommern	5	-	*	*	3
	14 Sachsen	4	6	7	4	11
	15 Sachsen-Anhalt	-	-	*	4	*
	16 Thüringen	*	*	22	*	5

Erstellungsdatum: 14.02.2017, Zentraler Statistik-Service

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltungen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

¹⁾ darunter nicht zuordenbare Fälle.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ablehnungen für Drittstaatsangehörige nach aus

Deutschland nach Ländern

Berichtsjahr 2014

Gesetzesgrundlagen	Region (Arbeitsort)	Ablehnungen (ZuwG)			
		September 2014	Oktober 2014	November 2014	Dezember 2014
		10	11	12	13
§39 Abs.2 Satz 1 Nr.1 AufenthG (Nachteilige Auswirkungen Arbeitsmarkt - Vorrang)	Insgesamt ¹⁾	875	851	557	408
	01 Schleswig-Holstein	34	28	11	14
	02 Hamburg	16	15	21	5
	03 Niedersachsen	88	85	66	34
	04 Bremen	14	7	8	9
	05 Nordrhein-Westfalen	234	210	138	124
	06 Hessen	68	71	46	24
	07 Rheinland-Pfalz	27	26	22	13
	08 Baden-Württemberg	164	141	116	68
	09 Bayern	154	168	80	82
	10 Saarland	4	3	*	*
	11 Berlin	34	39	28	21
	12 Brandenburg	*	4	4	*
	13 Mecklenburg-Vorpommern	7	8	*	*
	14 Sachsen	12	18	6	5
	15 Sachsen-Anhalt	*	5	*	*
	16 Thüringen	13	14	*	*
§ 39 Abs.2 S.1 letzter Hs. AufenthG (Beschäftigungs- bedingungen)	Insgesamt ¹⁾	281	290	403	402
	01 Schleswig-Holstein	3	*	6	13
	02 Hamburg	11	12	28	35
	03 Niedersachsen	8	8	9	13
	04 Bremen	*	3	*	*
	05 Nordrhein-Westfalen	29	38	61	49
	06 Hessen	57	50	68	48
	07 Rheinland-Pfalz	19	12	19	12
	08 Baden-Württemberg	55	49	71	81
	09 Bayern	74	92	100	104
	10 Saarland	5	5	6	*
	11 Berlin	9	10	15	22
	12 Brandenburg	*	-	4	*
	13 Mecklenburg-Vorpommern	-	*	*	*
	14 Sachsen	3	3	7	10
	15 Sachsen-Anhalt	*	3	*	4
	16 Thüringen	*	-	*	5

Erstellungsdatum: 14.02.2017, Zentraler Statistik-Service

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung

¹⁾ darunter nicht zuordnenbare Fälle.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ablehnungen für Drittstaatsangehörige nach aus

Deutschland nach Ländern

Berichtsjahr 2014

Gesetzesgrundlagen	Region (Arbeitsort)	September 2014	Oktober 2014	November 2014	Dezember 2014
		10	11	12	13
§39 Abs.2 Satz 1 Nr.1 AufenthG (Nachteilige Auswirkungen Arbeitsmarkt - Vorrang)	Insgesamt ¹⁾	875	851	557	408
	01 Schleswig-Holstein	34	28	11	14
	02 Hamburg	16	15	21	5
	03 Niedersachsen	88	85	66	34
	04 Bremen	14	7	8	9
	05 Nordrhein-Westfalen	234	210	138	124
	06 Hessen	68	71	46	24
	07 Rheinland-Pfalz	27	26	22	13
	08 Baden-Württemberg	164	141	116	68
	09 Bayern	154	168	80	82
	10 Saarland	4	3	*	*
	11 Berlin	34	39	28	21
	12 Brandenburg	*	4	4	*
	13 Mecklenburg-Vorpommern	7	8	*	*
	14 Sachsen	12	18	6	5
	15 Sachsen-Anhalt	*	5	*	*
	16 Thüringen	13	14	*	*
§ 39 Abs.2 S.1 letzter Hs. AufenthG (Beschäftigungs- bedingungen)	Insgesamt ¹⁾	281	290	403	402
	01 Schleswig-Holstein	3	*	6	13
	02 Hamburg	11	12	28	35
	03 Niedersachsen	8	8	9	13
	04 Bremen	*	3	*	*
	05 Nordrhein-Westfalen	29	38	61	49
	06 Hessen	57	50	68	48
	07 Rheinland-Pfalz	19	12	19	12
	08 Baden-Württemberg	55	49	71	81
	09 Bayern	74	92	100	104
	10 Saarland	5	5	6	*
	11 Berlin	9	10	15	22
	12 Brandenburg	*	-	4	*
	13 Mecklenburg-Vorpommern	-	*	*	*
	14 Sachsen	3	3	7	10
	15 Sachsen-Anhalt	*	3	*	4
	16 Thüringen	*	-	*	5

Erstellungsdatum: 14.02.2017, Zentraler Statistik-Service

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung

¹⁾ darunter nicht zuordnenbare Fälle.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ablehnungen für Drittstaatsangehörige nach aus

Deutschland nach Ländern

Berichtsjahr 2015

Gesetzesgrundlagen	Region (Arbeitsort)	Ablehnungen				
		April 2015	Mai 2015	Juni 2015	Juli 2015	August 2015
		5	6	7	8	9
§39 Abs.2 Nr.1 AufenthG (Nachteilige Auswirkungen Arbeitsmarkt - Vorrang)	Insgesamt ¹⁾	710	787	950	1.124	1.111
	01 Schleswig-Holstein	35	43	51	47	42
	02 Hamburg	9	13	28	16	21
	03 Niedersachsen	82	73	104	129	137
	04 Bremen	13	21	25	27	28
	05 Nordrhein-Westfalen	193	220	234	320	254
	06 Hessen	51	49	64	65	91
	07 Rheinland-Pfalz	32	27	46	64	56
	08 Baden-Württemberg	85	85	95	96	86
	09 Bayern	121	101	162	145	226
	10 Saarland	-	5	5	10	3
	11 Berlin	49	68	53	92	76
	12 Brandenburg	6	10	*	14	9
	13 Mecklenburg-Vorpommern	5	11	4	12	15
	14 Sachsen	11	20	22	26	20
	15 Sachsen-Anhalt	*	11	19	18	20
	16 Thüringen	13	21	23	29	19
§ 39 Abs.2 S.1 letzter Hs. AufenthG (Beschäftigungs- bedingungen)	Insgesamt ¹⁾	530	567	586	727	689
	01 Schleswig-Holstein	10	18	15	26	20
	02 Hamburg	40	49	39	36	42
	03 Niedersachsen	15	23	28	17	26
	04 Bremen	3	3	3	-	*
	05 Nordrhein-Westfalen	71	91	73	115	82
	06 Hessen	88	65	92	132	130
	07 Rheinland-Pfalz	20	28	18	29	29
	08 Baden-Württemberg	95	101	116	121	121
	09 Bayern	127	127	155	169	185
	10 Saarland	*	*	3	6	4
	11 Berlin	19	20	19	33	22
	12 Brandenburg	9	6	*	5	4
	13 Mecklenburg-Vorpommern	3	4	3	*	*
	14 Sachsen	17	11	6	16	5
	15 Sachsen-Anhalt	4	5	*	7	7
	16 Thüringen	3	6	5	5	*

Erstellungsdatum: 14.02.2017, Zentraler Statistik-Service

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltungen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

¹⁾ darunter nicht zuordenbare Fälle.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ablehnungen für Drittstaatsangehörige nach aus

Deutschland nach Ländern

Berichtsjahr 2015

Gesetzesgrundlagen	Region (Arbeitsort)	September 2015	Oktober 2015	November 2015	Dezember 2015
		10	11	12	13
§39 Abs.2 Nr.1 AufenthG (Nachteilige Auswirkungen Arbeitsmarkt - Vorrang)	Insgesamt ¹⁾	1.208	1.228	1.159	899
	01 Schleswig-Holstein	44	46	30	34
	02 Hamburg	28	22	23	19
	03 Niedersachsen	151	161	166	102
	04 Bremen	40	34	22	19
	05 Nordrhein-Westfalen	377	360	311	225
	06 Hessen	78	88	147	98
	07 Rheinland-Pfalz	59	43	38	24
	08 Baden-Württemberg	95	96	106	122
	09 Bayern	134	157	135	107
	10 Saarland	11	4	-	*
	11 Berlin	95	115	74	65
	12 Brandenburg	7	7	8	9
	13 Mecklenburg-Vorpommern	*	10	9	5
	14 Sachsen	40	27	43	44
	15 Sachsen-Anhalt	10	20	12	9
	16 Thüringen	22	26	23	9
§ 39 Abs.2 S.1 letzter Hs. AufenthG (Beschäftigungs- bedingungen)	Insgesamt ¹⁾	720	756	654	575
	01 Schleswig-Holstein	19	23	26	18
	02 Hamburg	45	45	52	51
	03 Niedersachsen	33	27	25	24
	04 Bremen	*	*	*	-
	05 Nordrhein-Westfalen	129	112	119	77
	06 Hessen	133	99	123	78
	07 Rheinland-Pfalz	28	35	28	29
	08 Baden-Württemberg	108	149	103	123
	09 Bayern	169	195	116	118
	10 Saarland	*	5	*	6
	11 Berlin	16	29	19	23
	12 Brandenburg	5	*	6	6
	13 Mecklenburg-Vorpommern	4	4	*	3
	14 Sachsen	10	10	17	5
	15 Sachsen-Anhalt	5	3	7	6
	16 Thüringen	5	8	7	*

Erstellungsdatum: 14.02.2017, Zentraler Statistik-Service

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung

¹⁾ darunter nicht zuordnenbare Fälle.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ablehnungen für Drittstaatsangehörige nach ausgewählten Gesetzesgrundlagen

Deutschland nach Ländern

Berichtsjahr 2016

Gesetzesgrundlagen	Region (Arbeitsort)	2016	Januar 2016	Februar 2016	März 2016
		1	2	3	4
§39 Abs.2 Nr.1 AufenthG (Nachteilige Auswirkungen Arbeitsmarkt - Vorrang)	Insgesamt ¹⁾	14.947	1.055	1.235	1.494
	01 Schleswig-Holstein	464	52	44	78
	02 Hamburg	451	28	43	27
	03 Niedersachsen	1.337	101	131	136
	04 Bremen	197	28	17	15
	05 Nordrhein-Westfalen	3.056	213	252	382
	06 Hessen	2.488	183	267	226
	07 Rheinland-Pfalz	411	36	45	52
	08 Baden-Württemberg	1.425	80	142	169
	09 Bayern	2.800	132	85	115
	10 Saarland	57	4	5	*
	11 Berlin	1.022	88	79	156
	12 Brandenburg	68	7	8	3
	13 Mecklenburg-Vorpommern	81	13	10	9
	14 Sachsen	521	43	42	59
	15 Sachsen-Anhalt	155	6	14	23
	16 Thüringen	209	26	36	22
§ 39 Abs.2 S.1 letzter Hs. AufenthG (Beschäftigungs- bedingungen)	Insgesamt ¹⁾	12.113	682	688	838
	01 Schleswig-Holstein	398	20	34	28
	02 Hamburg	1.196	66	54	67
	03 Niedersachsen	681	23	23	41
	04 Bremen	71	4	*	3
	05 Nordrhein-Westfalen	2.214	102	122	149
	06 Hessen	1.879	117	138	152
	07 Rheinland-Pfalz	443	21	27	46
	08 Baden-Württemberg	2.057	113	116	175
	09 Bayern	1.812	133	94	87
	10 Saarland	40	-	3	4
	11 Berlin	565	36	26	36
	12 Brandenburg	91	*	5	6
	13 Mecklenburg-Vorpommern	70	6	*	5
	14 Sachsen	238	14	21	19
	15 Sachsen-Anhalt	92	11	7	4
	16 Thüringen	90	7	*	*

Erstellungsdatum: 14.02.2017, Zentraler Statistik-Service

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solch

¹⁾ darunter nicht zuordnenbare Fälle.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ablehnungen für Drittstaatsangehörige nach aus

Deutschland nach Ländern

Berichtsjahr 2016

Gesetzesgrundlagen	Region (Arbeitsort)	Ablehnungen				
		April 2016	Mai 2016	Juni 2016	Juli 2016	August 2016
		5	6	7	8	9
§39 Abs.2 Nr.1 AufenthG (Nachteilige Auswirkungen Arbeitsmarkt - Vorrang)	Insgesamt ¹⁾	1.516	1.309	1.567	1.160	951
	01 Schleswig-Holstein	58	30	60	38	14
	02 Hamburg	65	27	52	58	29
	03 Niedersachsen	202	120	118	106	80
	04 Bremen	24	13	9	27	15
	05 Nordrhein-Westfalen	341	238	252	207	204
	06 Hessen	258	342	378	225	108
	07 Rheinland-Pfalz	35	26	49	42	28
	08 Baden-Württemberg	191	100	146	129	88
	09 Bayern	106	170	171	131	255
	10 Saarland	6	10	4	5	5
	11 Berlin	119	99	148	104	48
	12 Brandenburg	11	9	3	4	4
	13 Mecklenburg-Vorpommern	5	10	6	6	4
	14 Sachsen	43	61	121	38	31
	15 Sachsen-Anhalt	7	5	8	*	*
	16 Thüringen	22	28	19	19	21
§ 39 Abs.2 S.1 letzter Hs. AufenthG (Beschäftigungs- bedingungen)	Insgesamt ¹⁾	777	757	977	839	1.182
	01 Schleswig-Holstein	24	20	33	21	47
	02 Hamburg	75	46	61	87	114
	03 Niedersachsen	37	43	41	44	59
	04 Bremen	4	5	6	*	10
	05 Nordrhein-Westfalen	131	140	158	140	218
	06 Hessen	150	116	188	158	176
	07 Rheinland-Pfalz	39	35	50	26	38
	08 Baden-Württemberg	140	158	192	146	193
	09 Bayern	96	110	132	128	212
	10 Saarland	*	3	4	3	*
	11 Berlin	24	33	45	30	49
	12 Brandenburg	8	*	12	6	11
	13 Mecklenburg-Vorpommern	5	*	11	4	6
	14 Sachsen	13	21	17	17	23
	15 Sachsen-Anhalt	6	7	9	4	5
	16 Thüringen	7	5	7	10	8

Erstellungsdatum: 14.02.2017, Zentraler Statistik-Service

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltungen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

¹⁾ darunter nicht zuordnenbare Fälle.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Bundesagentur für Arbeit
Statistik

Ablehnungen (ZuwG)

Ablehnungen für Drittstaatsangehörige nach aus

Deutschland nach Ländern
Berichtsjahr 2016

Gesetzesgrundlagen	Region (Arbeitsort)				
		September 2016	Oktober 2016	November 2016	Dezember 2016
		10	11	12	13
§39 Abs.2 Nr.1 AufenthG (Nachteilige Auswirkungen Arbeitsmarkt - Vorrang)	Insgesamt ¹⁾	1.360	1.147	1.095	1.058
	01 Schleswig-Holstein	24	20	16	30
	02 Hamburg	29	24	24	45
	03 Niedersachsen	94	51	103	95
	04 Bremen	24	12	5	8
	05 Nordrhein-Westfalen	249	219	250	249
	06 Hessen	192	119	104	86
	07 Rheinland-Pfalz	8	26	21	43
	08 Baden-Württemberg	102	87	69	122
	09 Bayern	516	497	394	228
	10 Saarland	6	3	*	6
	11 Berlin	47	27	57	50
	12 Brandenburg	7	3	5	4
	13 Mecklenburg-Vorpommern	*	4	9	*
	14 Sachsen	16	15	10	42
	15 Sachsen-Anhalt	20	25	14	27
	16 Thüringen	*	*	*	7
§ 39 Abs.2 S.1 letzter Hs. AufenthG (Beschäftigungs- bedingungen)	Insgesamt ¹⁾	1.504	1.375	1.263	1.231
	01 Schleswig-Holstein	49	45	44	33
	02 Hamburg	175	178	149	124
	03 Niedersachsen	153	63	94	60
	04 Bremen	11	9	5	10
	05 Nordrhein-Westfalen	243	289	252	270
	06 Hessen	214	152	158	160
	07 Rheinland-Pfalz	28	52	33	48
	08 Baden-Württemberg	211	245	161	207
	09 Bayern	213	200	234	173
	10 Saarland	*	8	4	7
	11 Berlin	95	65	70	56
	12 Brandenburg	13	8	9	10
	13 Mecklenburg-Vorpommern	8	5	7	8
	14 Sachsen	31	19	10	33
	15 Sachsen-Anhalt	15	10	6	8
	16 Thüringen	17	7	8	8

Erstellungsdatum: 14.02.2017, Zentraler Statistik-Service

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung

¹⁾ darunter nicht zuordnenbare Fälle.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

